

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 9-10/77

Berlin

10. März 1977

44. Jahrgang

Innerdeutscher Handel weiterhin auf Expansionskurs?

Im Jahr 1976 hat die DDR ihre Lieferungen im innerdeutschen Handel unerwartet stark erhöht. Es gelang ihr u. a. auch, Maschinen in größerem Umfang in der Bundesrepublik Deutschland abzusetzen. Als Ergebnis hat sich die „Deckungsquote“ ihrer Bezüge (Lieferungen der DDR in vH der Bezüge) verbessert.

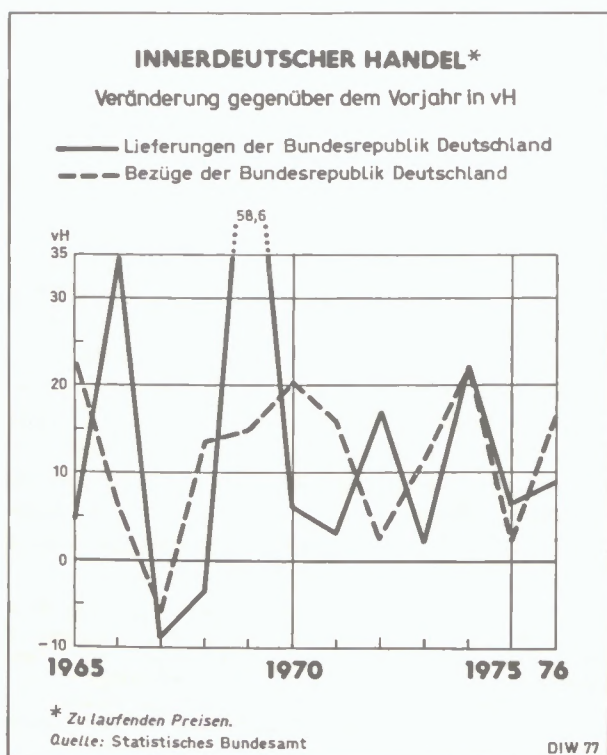
Ob sich hiermit allerdings eine grundlegende Veränderung in der Entwicklung des innerdeutschen Handels (IDH) ankündigt, ist zweifelhaft: Das starke Lieferengagement der DDR bedeutete offenbar nur eine regionale Verlagerung der Exportanstrengungen. Die Ausfuhren in andere Richtungen, so in die übrigen westlichen OECD-Länder und auch in die Sowjetunion, haben dagegen stagniert. Die Verbesserung des Saldos in der Warenbilanz des IDH fand ihr Gegenstück in einer Zunahme des Defizits der DDR gegenüber den anderen westlichen Partnern.

Angesichts der Verschlechterung der Terms of Trade ist eine Entpflichtung der DDR – vor allem als Investitionsgüterlieferant – gegenüber der Sowjetunion nicht zu erwarten; auch im Handel mit dem westlichen Ausland ist eine Fortsetzung der extrem unterschiedlichen Entwicklung von Export und Import unwahrscheinlich. Vieles spricht dafür, daß sich 1977 wieder eine Rückverlagerung in der regionalen Orientierung der Exportanstrengungen ergeben wird: Die Zunahme des IDH wird in erster Linie von erhöhten Lieferungen Westdeutschlands gekennzeichnet sein.

Allgemeine Entwicklung

– Der Warenverkehr im IDH stieg 1976 um 12 vH¹; die Umsatzsteigerung entsprach damit etwa dem langfristigen Trend.

¹ Nach den Daten des Statistischen Bundesamtes. Sie weichen aus methodischen Gründen von den Angaben der Bundesregierung ab. Diese enthalten z. B. auch Dienstleistungen.



- Mit einem Zuwachs ihrer Lieferungen in die Bundesrepublik um 16 vH erzielte die DDR, sieht man von der ausschließlich preisbeeinflussten Zunahme im Jahr 1974 ab, die seit Jahren höchste Steigerungsrate. Dem stand ein Zuwachs der Käufe der DDR von 9 vH gegenüber.
- Absolut überwogen weiterhin die Lieferungen der Bundesrepublik. Bis zur Jahresmitte waren Lieferungen und Bezüge noch ausgeglichen, per 30. September war für die Bundesrepublik ein Überschuß von 100 Mill. DM aufgelaufen. Im vierten Quartal haben die Lieferungen in die DDR indes so stark expandiert, daß der Saldo schließlich noch 400 Mill. DM erreichte. Damit wurden 90 vH der Warenbezüge der DDR durch Lieferungen finanziert.
- Der kumulative Passivsaldo der DDR aus dem Warenverkehr, dem Dienstleistungsverkehr und den Barzahlungen hat sich 1976 auf rund 2,6 Mrd. DM erhöht. Dieser Betrag entspricht zwei Dritteln der Warenlieferungen von 1976.



Entwicklung und Struktur nach Erzeugnisgruppen

Bei den *Lieferungen* der Bundesrepublik Deutschland fällt vor allem die starke Erhöhung der Position Maschinen auf. Überdurchschnittlich entwickelten sich auch die Verkäufe von Gütern der Landwirtschaft und der Ernährungsindustrien. Die Verbrauchsgüterlieferungen verzeichneten insgesamt eine durchschnittliche Zunahme. Leicht rückläufig war der – im Vorjahr allerdings sehr hohe – Absatz von Grundstoffen und Produktionsgütern. Hier zeigten sich besonders große Unterschiede im einzelnen: Verkaufseinbußen bei NE-Metallen standen stattliche Mehrerlöse bei Bergbauerzeugnissen gegenüber.

Weniger heterogen verlief die Entwicklung bei den *Bezügen* aus der DDR: Bei allen Wirtschaftsbereichen und den wichtigsten Hauptgruppen meldet die Statistik ansehnliche Steigerungsraten; lediglich hinter der Position Holzwaren steht ein dickes Minuszeichen. Eine Spitzenstellung hatten die Mineralölprodukte. Besonders positiv ist aber zu werten, daß es der DDR gelang, nennenswert mehr Maschinen zu verkaufen. In den letzten Jahren waren die Verkaufsbemühungen hier nur wenig erfolgreich. Allerdings wird das Ergebnis des Jahres 1976 dadurch relativiert, daß die Lieferungen der Bundesrepublik, die die entsprechenden Bezüge aus der DDR um ein Vielfaches überschreiten, weiterhin rascher zugenommen haben. Hohe Zuwächse wiesen die Bezüge

Die Entwicklung des innerdeutschen Handels¹⁾

	1971	1972	1973	1974	1975	1976
in Mill. DM						
Lieferungen	2 498	2 927	2 998	3 671	3 922	4 269
Bezüge	2 319	2 381	2 660	3 252	3 342	3 877
Saldo	179	546	338	419	580	392
Umsatz	4 817	5 308	5 658	6 923	7 264	8 146
Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in vH:						
Lieferungen	3,4	17,2	2,4	22,4	6,8	8,8
Bezüge	16,2	2,7	11,7	22,3	2,6	16,0
Umsatz	9,2	10,2	6,6	22,4	4,9	12,1
1970 = 100						
Lieferungen	103	121	124	152	162	171
Bezüge	116	119	133	163	167	167
Umsatz	109	120	128	157	165	169

1) Lieferungen und Bezüge der Bundesrepublik Deutschland (einschließlich Berlin-West) zu laufenden Preisen.
Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Fachserie F, Reihe 6: Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost).

- Im Verhältnis zum Außenhandel der Bundesrepublik (Umsatz: + 18 vH) stieg der IDH 1976 unterdurchschnittlich. Gemessen am auswärtigen Güterverkehr der DDR – Umsatzsteigerung: + 14 vH – entwickelte er sich dagegen nahezu proportional. Dabei hat das Defizit in der Handelsbilanz der DDR 1976 insgesamt zugenommen, insbesondere wegen des Ergebnisses im sonstigen Westhandel.
- Eine Berechnung der Preisentwicklung² ergibt Teuerungsraten beim IDH von rund 5 vH; danach ist die reale Zunahme auf etwa 7 vH zu veranschlagen. Die reale Steigerung war damit größer als im Vorjahr.

² Eine amtliche Preisstatistik für den IDH liegt noch immer nicht vor. Die Preisbereinigung wurde vorgenommen, indem die Teuerungsraten der Erzeuger- und Außenhandelspreise der Bundesrepublik zugrunde gelegt wurden und eine Warenstrukturbereinigung erfolgte. Hierbei ist unterstellt, daß die Preise im Handel mit der DDR gleich stark zunahmten.

Lieferungen der Bundesrepublik¹⁾ im innerdeutschen Handel

	1966- 1970 2)	1971- 1975 2)	1975	1976	Zuwachs 1976 gegen- über 1975	1966- 1970 2)	1971- 1975 2)	1975	1976
	in Mill. DM					in vH	Anteile in vH		
Grundstoff- und Produktions- güterindustrien 3) 4)	955,9	1 724,3	2 355,8	2 284,6	- 3,0	51,8	53,8	60,1	53,5
dar.: Bergbauerzeugnisse	50,3	175,3	368,6	478,6	29,8	2,7	5,5	9,4	11,2
Eisen und Stahl 5)	295,0	409,1	557,7	519,3	- 6,9	16,0	12,8	14,2	12,2
NE-Metalle 6)	167,9	276,2	332,0	214,8	-35,3	9,1	8,6	8,5	5,0
Chemische Erzeugnisse 4)	391,7	741,7	931,6	910,2	- 2,3	21,2	23,2	23,8	21,3
Investitionsgüterindustrien	421,3	761,5	892,8	1 231,7	38,0	22,9	23,8	22,8	28,9
dar.: Maschinenbauerzeugnisse 7)	303,3	559,7	606,3	861,8	42,1	16,5	17,5	15,5	20,2
Elektrotechn. Erzeugnisse	55,7	95,6	129,5	127,6	- 1,5	3,0	3,0	3,3	3,0
Verbrauchsgüterindustrien	152,5	305,2	289,5	318,6	10,1	8,3	9,5	7,4	7,5
dar.: Textilien und Bekleidung	93,1	194,3	194,6	191,6	- 1,5	5,0	6,1	5,0	4,5
Landwirtschaft 8) und Ernäh- rungsgüterindustrien 9)	303,6	375,9	333,5	380,9	14,2	16,5	11,7	8,5	8,9
dar.: Ernährungsgüterindustrien	239,4	323,7	290,0	323,7	11,6	13,0	10,1	7,4	7,6
Lieferungen, insgesamt 10)	1 843,6	3 203,4	3 921,6	4 268,7	8,9	100,0	100,0	100,0	100,0
dar.: Berlin (West)	124,5	208,1	287,5	348,2	21,1	6,8	6,5	7,3	8,2

1) Einschl. Berlin (West).- 2) Fünfjahresdurchschnitt.- 3) Einschl. Bergbauerzeugnisse.- 4) Einschl. Kunst-
stoffherzeugnisse sowie Gummi- u. Asbestwaren.- 5) Einschl. Gießereierzeugnisse sowie Erzeugnisse der Ziehe-
reien, Kaltwalzwerke u. Stahlverformung.- 6) Einschl. NE-Metall-Halbzeug sowie Edelmetalle.- 7) Einschl.
Büromaschinen sowie Geräte und Einrichtungen für die EDV.- 8) Einschl. Erzeugnisse des Gartenbaus sowie der
Jagd-, Forst- u. Fischereiwirtschaft.- 9) Einschl. Tabakwaren.- 10) Einschl. Waren, die nicht zugeordnet
werden konnten.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Fachserie F, Reihe 6 sowie Berechnungen des DIW.

der Bundesrepublik auch bei bergbaulichen Erzeug-
nissen, bei Erzeugnissen der Chemie, der Textilindu-
strie und des Ernährungsgewerbes auf.

Expansionsgrenzen und -chancen

Im Westhandel der DDR war die bisherige Ent-
wicklung stets durch den Widerstreit zwischen
Importnotwendigkeiten und Exportmöglichkeiten
gekennzeichnet. Aller Erfahrung nach sind die Ab-
nahmebereitschaft der westlichen Märkte für DDR-
Produkte und damit die Absatzchancen der DDR
nach Erzeugnissen und Regionen weitgehend vor-
gegeben. Für den innerdeutschen Handel bedeutet
dies:

- Bei *Grundstoffen* und *Produktionsgütern* erscheint eine Ausdehnung der Lieferungen der DDR sowohl von der Lieferseite her als auch von der Abnahmebereitschaft in der Bundesrepublik durch-
aus möglich. Dieser Sektor hat allerdings schon einen Anteil von 40 vH an den Gesamtlieferungen der DDR.
- Bei *Investitionsgütern*, insbesondere Maschinen-
bauerzeugnissen, lassen sich die Verkäufe der
DDR noch steigern. Wegen der schwachen Kon-
kurrenzposition und des geringen Gewichts im
Gesamtliefersortiment werden sich diese Erzeu-
gnisse aber nicht zu einem Expansionsträger im
innerdeutschen Handel entwickeln.
- Bei Produkten der *Landwirtschaft* und des *Ernäh-
rungsgewerbes* wäre die DDR aufgrund der hohen

Eigenversorgung zwar lieferfähig und infolge des
Sonderstatus des IDH fraglos auch lieferwillig; die
Situation des Agrarmarktes in der westeuropä-
ischen Gemeinschaft setzt einer Ausweitung
verhältnismäßig enge Grenzen. Daß die landwirt-
schaftlichen Bezüge der Bundesrepublik Deutsch-
land im Rahmen des IDH erst 4 vH des West-
Berliner Bedarfs entsprechen, deutet aber darauf
hin, daß die Möglichkeiten auf diesem Sektor noch
längst nicht ausgeschöpft sind. Die Zustimmung
der EWG-Partner zu einer Ausweitung wäre sicher
auch zu erreichen, da diese der Stadt in der
Berlin-Erklärung des Gründungsvertrages ihr
Wohlwollen und ihre Unterstützung zugesagt
haben³.

- Bei industriellen *Verbrauchsgütern* sind die Ex-
pansionschancen von der Lieferfähigkeit der DDR
her recht günstig, von der Abnahmebereitschaft in
der Bundesrepublik dagegen weniger. Hier könn-
ten dann Grenzen gesetzt sein, wenn die amtliche
Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik unter dem
Eindruck der breiten und permanenten Arbeits-
losigkeit zu einer restriktiven Einfuhrpolitik über-
ginge.

Daß Handelsrestriktionen gegenüber der DDR
ökonomisch kaum zu begründen sind, läßt sich am
Beispiel des Textil- und Bekleidungssektors ableiten.
Der Marktanteil der Bezüge aus der DDR ist in der
Bundesrepublik minimal: Gemessen an den gesam-

³ Vgl. Bundesgesetzblatt 1957. Teil II, S. 760.

Bezüge der Bundesrepublik¹⁾ im innerdeutschen Handel

	1966-1970 ²⁾	1971-1975 ²⁾	1975	1976	Zuwachs 1976 gegenüber 1975	1966-1970 ²⁾	1971-1975 ²⁾	1975	1976
	in Mill. DM					in vH	Anteile in vH		
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien ^{3) 4)}	475,5	1 074,3	1 334,6	1 644,5	23,2	30,9	38,5	39,9	42,4
dar.: Bergbauerzeugnisse	123,7	95,1	89,2	115,0	28,9	8,0	3,4	2,7	3,0
Mineralölerzeugnisse	44,3	274,1	441,8	588,1	33,1	2,9	9,6	13,2	15,2
Eisen und Stahl ⁵⁾	72,4	213,9	266,7	276,4	3,6	4,7	7,7	8,0	7,1
NE-Metalle ⁶⁾	49,8	106,1	86,1	101,0	17,3	3,2	3,8	2,6	2,6
Chemische Erzeugnisse ⁴⁾	127,7	246,9	309,4	386,1	24,8	8,3	8,9	9,3	10,0
Investitionsgüterindustrien	210,3	298,8	331,6	408,5	23,2	13,7	10,7	9,9	10,5
dar.: Maschinenbauerzeugnisse ⁷⁾	90,2	104,0	98,2	133,9	36,4	5,9	3,7	2,9	3,5
Elektrotechn. Erzeugnisse	45,0	98,3	131,1	163,8	24,9	2,9	3,5	3,9	4,2
Verbrauchsgüterindustrien	452,4	854,9	1 054,7	1 136,2	7,7	29,4	30,6	31,6	29,3
dar.: Holzwaren	64,8	137,9	172,7	148,2	-14,8	4,2	4,9	5,2	3,3
Textilien	160,4	292,8	351,9	424,6	20,7	10,4	10,5	10,5	11,0
Bekleidung	128,2	244,8	321,6	326,8	1,6	8,3	8,8	9,6	6,4
Landwirtschaft ⁸⁾ u. Ernährungs-güterindustrien ⁹⁾	394,0	544,5	600,7	665,6	10,8	25,6	19,5	16,0	17,2
dar.: Landwirtschaft ⁸⁾	198,8	316,2	398,7	419,5	5,2	12,9	11,3	11,9	10,6
Ernährungsgüterindustrien	195,1	225,8	196,6	244,3	24,3	12,7	8,1	5,9	6,3
Bezüge, insgesamt ¹⁰⁾	1 540,6	2 790,8	3 342,3	3 876,7	16,0	100,0	100,0	100,0	100,0
dar.: Berlin (West)	333,6	674,1	863,7	1 038,3	20,2	21,7	24,2	25,8	26,6

1) Einschl. Berlin (West).- 2) Fünfjahresdurchschnitte.- 3) Einschl. Bergbauerzeugnisse.- 4) Einschl. Kunststoff-erzeugnisse sowie Gummi- u. Asbestwaren.- 5) Einschl. Gießereierzeugnisse sowie Erzeugnisse der Zieherei- en, Kaltwalzwerke u. Stahlverformung.- 6) Einschl. NE-Metall-Halbzeug sowie Edelmetalle.- 7) Einschl. Büro- maschinen sowie Geräte und Einrichtungen für die EDV.- 8) Einschl. Erzeugnisse des Gartenbaus sowie der Jagd-, Forst- u. Fischereiwirtschaft.- 9) Einschl. Tabakwaren.- 10) Einschl. Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.
Quellen: Statistisches Bundesamt, Fachserie F, Reihe 6 sowie Berechnungen des DIW.

ten Importen der Bundesrepublik (einschließlich IDH) in dieser Warengruppe errechnet sich für die DDR in der ersten Hälfte der 70er Jahre ein Anteil von 3,7 vH. Summiert man Importe und Industrieproduktion der Bundesrepublik, so betrug der Anteil der DDR-Erzeugnisse nur 1 vH. Auch bei den wichtigsten Einzelpositionen entfallen auf die DDR-Produkte im allgemeinen bescheidene Quoten. Dabei handelt es sich besonders um Waren bestimmter Preisklassen, die in der Bundesrepublik wegen des hohen Lohnniveaus nicht rentabel hergestellt werden können, von den Verbrauchern aber verlangt werden. Die DDR konkurriert in diesem Bereich häufig mit Lieferanten aus der Dritten Welt.

Eine restriktivere branchenspezifische Importpolitik der Bundesrepublik im bilateral konzipierten Handel mit sozialistischen Ländern wäre kein geeignetes Instrument zur Verminderung der Arbeitslosigkeit: Durch die Abwehr von bestimmten Auslandswaren würde die Marktposition der heimischen Produzenten auf diesem Sektor zwar verbessert, aufgrund seiner verschlechterten Devisensituation würde das betroffene Lieferland aber mit einer Verminderung seiner Nachfrage reagieren; folglich würde sich die Absatzlage der exportorientierten Wirtschaftszweige in der Bundesrepublik verschlechtern.

Ausblick

Die gesamte Fünfjahrplanperiode bis 1980 ist – fast noch stärker, als dies in der Vergangenheit

der Fall war, – in der DDR von außenwirtschaftlichen Zwängen gekennzeichnet. Es ist sicher, daß die Importe aus allen Ländergruppen – zumindest in nominaler Rechnung – unvermindert zunehmen wer-

Daten zur Produktion und zum Import von Textilien und Bekleidung

Durchschnitt der Jahre ...	Erzeugnisse der Textil- und Bekleidungsindustrien	davon:	
		Textilien	Bekleidung
A. Westdeutsche Bezüge im IDH in Mill. DM			
1966/70	288	160	128
1971/75	538	293	245
Zunahme	250	133	117
B. Westdeutsche Importe¹⁾ in Mill. DM			
1966/70	7 305	5 534	1 771
1971/75	14 470	9 549	4 921
Zunahme	7 165	4 015	3 150
C. Westdeutsche Industrieproduktion²⁾ in Mill. DM			
1966/70	34 395	21 876	12 519
1971/75	43 718	27 168	16 550
Zunahme	9 323	5 292	4 031
A. in vH von B.			
1966/70	3,9	2,9	7,2
1971/75	3,7	3,1	5,0
A. in vH von B. + C.			
1966/70	0,7	0,6	0,9
1971/75	0,9	0,8	1,1

1) Im Außenhandel, zuzügl. innerdeutscher Handel.
2) Ohne Leistungen des Handwerks und sonstiger produzierender Zweige.
Quellen: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Fachserie F, Reihe 6; Statistische Jahrbücher der Bundesrepublik Deutschland.

Bezüge von ausgewählten Erzeugnissen der Textil- und Bekleidungsindustrie 1975

	in Mill. DM	in vH:	
		der Importe 1)	von Importen 1) zuzügl. Industrieproduktion 2)
Meterware			
Fertigewebe für Oberbekleidung und Leibwäsche	25	.	3) 0,8
Heim- und Haustextilien (o. Wäsche)			
Möbel- und Dekostoffe	20	.	3) 2,1
Gardinstoff, gewirkt	24	.	3) 4,7
Teppiche, Läufer, Bodenbeläge	29	2,0	0,8
Wirk- und Strickwaren			
Unterbekleidung	31	8,9	1,7
Strumpfhosen	47	14,2	4,8
Sonstige Strumpfwaren	27	14,8	4,5
Oberbekleidung			
Mäntel, Damenjacken, Herrensakkos	29	3,3	0,9
Herren- und Knabenhosen	34	5,3	1,8
Herren- und Knabenanzüge	16	6,3	1,2
Arbeitsbekleidung	25	14,7	4,7
Herren-, Damen-, Kinderwäsche			
Herrenoberherden	42	7,0	3,8
Bett- und Hauswäsche			
Bettwäsche	41	27,6	5,5

1) der Bundesrepublik, zuzüglich deutscher Handel.
 2) Ohne Leistungen des Handwerks und sonstiger produzierender Zweige.
 3) Nur gemessen an der Industrieproduktion.
 Quellen: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Fachserie D, Reihe 3; Fachserie F, Reihe 6; Fachserie G, Reihe 3.

der Verschlechterung der Terms of Trade und der Ausfuhrücke — zusätzliche Kredite notwendig machen. Im Handel mit den sozialistischen Ländern besteht diese Möglichkeit kaum. Die außenhandelspolitische Konstellation weist also derzeit auf eine stärkere blockinterne Ausrichtung auch bei den Ausfuhrücken hin.

Legt man frühere Verhaltensmuster zugrunde, so dürften 1977 vermehrte Exportanstrengungen auch den OECD-Handel kennzeichnen. Dies engt den für den IDH verbleibenden Lieferspielraum erheblich ein. Da die bestehenden Importnotwendigkeiten es der DDR kaum nochmals gestatten werden, die Kaufbereitschaft wie im Vorjahr zu zügeln, wird der IDH in diesem Jahr vornehmlich durch eine Expansion der westdeutschen Lieferungen gekennzeichnet sein.

Auf längere Sicht bestimmen jedoch die Bezüge aus der DDR den Expansionspielraum im IDH, also die Lieferfähigkeit der DDR und die Abnahmebereitschaft der Bundesrepublik. Der Bezug einer ganzen Reihe von DDR-Erzeugnissen ist in der Bundesrepublik nicht unumstritten und bedarf deshalb in besonderer Weise der Unterstützung durch die amtliche Wirtschaftspolitik. Hier sind neuerlich durch die DDR zusätzliche Unwägbarkeiten ins Spiel gekommen. Da der innerdeutsche Warenverkehr ein Güteraustausch mit sehr hoher politischer Sensibilität ist, muß einkalkuliert werden, daß die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden deutschen Staaten nunmehr wieder stärker von nichtökonomischen Faktoren beeinflußt werden. Denn es steht außer Frage, daß der Bundesregierung durch das Verhalten der DDR eine weiterhin wohlwollende Handelspolitik sehr erschwert wird.

den: Dies ergibt sich bei den Rohstoffen durch die Preiserhöhungen aufgrund der im RGW geltenden Preisvereinbarungen, selbst wenn die Weltmarktpreise nicht weiter steigen sollten; ebenso gilt es für die Importe aus dem westlichen Ausland wegen des großen Bedarfs der DDR an moderner Technologie. Die Finanzierung der Einfuhren wird — angesichts

Bevölkerung und private Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1976 und 1980

Das DIW berichtet jährlich über die Einkommenslage sozialer Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland. Im Rahmen dieser Analyse werden zahlreiche primärstatistische Informationen koordiniert und mit den Einkommensaggregaten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung abgestimmt. Außerdem wird die Bevölkerungszahl des Bundesgebietes nach sozio-ökonomischen Kriterien aufgegliedert, damit eine Beziehung zwischen den makro-ökonomischen Einkommensströmen und einzelnen sozialen Gruppen hergestellt werden kann. Ausgewählte Ergebnisse dieser „demographischen Gesamtrechnung“ werden im folgenden vorgelegt.

Ausgangsmaterial der Berechnungen sind die Ergebnisse der Volkszählung vom 27. Mai 1970, die amtliche Bevölkerungsforschreibung sowie Strukturdaten des jährlichen Mikrozensus. Informationen aus zahlreichen Einzelstatistiken, die sich auf bestimmte Personengruppen oder soziale Merkmale beziehen,

wurden so mit der Zahl der Gesamtbevölkerung abgestimmt, daß Doppelzählungen ausgeschlossen sind.

Rahmendaten für die Vorausschätzung der Bevölkerungsgliederung und der Zahl der Haushalte nach Größenklassen lieferte die fünfte koordinierte Bevöl-

Bevölkerungsstand und -entwicklung
in 1000 Personen

	1950	1960	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976
Wohnbevölkerung am Jahresanfang	49 636	55 123	61 195	61 001	61 503	61 809	62 101	61 991	61 645
Lebendgeborene	813	969	811	779	701	636	626	597	599
Gestorbene	529	643	735	731	731	731	727	746	728
Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung	+284	+326	+ 76	+ 48	- 30	- 95	-101	-149	-129
Zuzüge	1) 551	2) 624	1 072	988	903	968	630	456	.
Fortzüge	1) 173	2) 260	498	557	572	584	639	655	.
Saldo der Wanderungen	+416	+335	+574	+431	+331	+384	- 9	-199	-100
Bevölkerungsveränderung	+700	+690	+650	+479	+301	+289	-110	-348	-229
Statistische Differenz	0	+ 1	3) -844	+ 23	+ 5	+ 3	0	+ 2	0
Wohnbevölkerung am Jahresende	50 336	55 785	61 001	61 503	61 809	62 101	61 991	61 645	61 416

1) Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin.- 2) Bundesgebiet ohne Berlin.- 3) Differenz zwischen dem durch Fortschreibung und durch die Volkszählung ermittelten Bevölkerungsstand.
Quellen: Statistisches Bundesamt (Herausgeber): Fachserie A, Bevölkerung und Kultur, Reihe 1, Gebiet und Bevölkerung, Reihe 2, Natürliche Bevölkerungsbewegung, Reihe 3, Wanderungen, Berechnungen des DIW.

kerungsprognose der amtlichen Statistik¹, in der die voraussichtliche Entwicklung der deutschen Bevölkerung bis zum Jahre 1990 quantifiziert wird. Über die zu erwartende zahlenmäßige Entwicklung der Ausländer im Bundesgebiet hat das DIW Schätzungen vorgelegt².

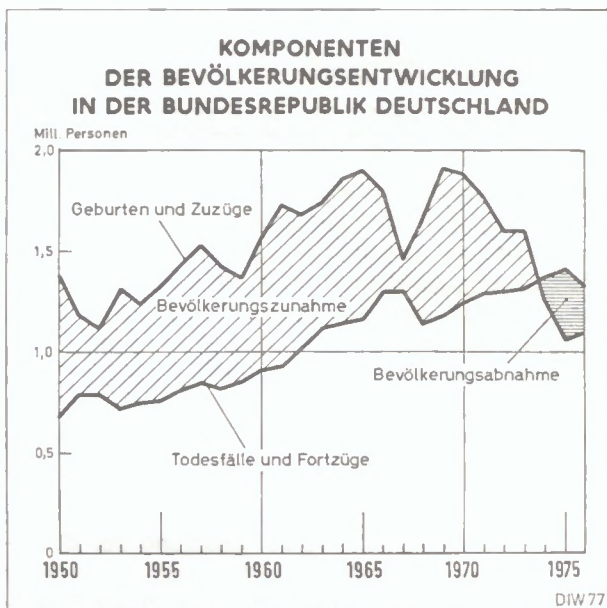
Bevölkerungsstand und -entwicklung

Ende 1976 lebten in der Bundesrepublik Deutschland 61,4 Mill. Menschen³. Die Bevölkerungszahl hatte 1973/74 mit 62,1 Millionen ihren bisher höchsten Stand erreicht; seitdem ist sie rückläufig. Die

stärkste Bevölkerungsabnahme war 1975 zu verzeichnen (- 348 000 Personen), 1976 schrumpfte die Einwohnerzahl nur noch um knapp 230 000 Personen.

Die Bevölkerungsentwicklung wird von zwei Komponenten beeinflusst: der natürlichen Bevölkerungsbewegung durch Geburten und Sterbefälle sowie den Wanderungen über die Grenzen des Bundesgebietes.

In den fünfziger und sechziger Jahren gab es in der Bundesrepublik ein natürliches Bevölkerungswachstum von jährlich 200 000 bis 400 000 Personen. Seit 1972 ist der Saldo von Geburten und Sterbefällen negativ. Zwar ist die Zahl der jährlichen Todesfälle (mit Ausnahme von 1975) seit längerem nahezu konstant, doch geht die Geburtenzahl seit Mitte der sechziger Jahre ständig zurück. 1975 wurden 26 vH weniger Kinder als 1970 und 43 vH weniger als zehn Jahre zuvor geboren. Ohne die Kinder der im Bun-



¹ Vgl. Wilfried Linke und Charlotte Höhn: Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung bis 1990. Erster Teil - Deutsche Bevölkerung ohne Berücksichtigung von Wanderungen. In: Wirtschaft und Statistik. Heft 12/1975.

Charlotte Höhn und Wilfried Linke: Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung bis 1990. Zweiter Teil - Deutsche Bevölkerung unter Berücksichtigung von Wanderungen. In: Wirtschaft und Statistik. Heft 6/1976.

² Vgl. Die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und ihren Regionen im Zeichen des Geburtenrückgangs und der verstärkten Fortzüge ins Ausland. Vorausschätzungen bis zum Jahr 1990. Bearb.: Herwig Birg. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 46/1976.

³ Alle Angaben dieses Berichts beziehen sich auf Inländer, sind also nach dem Wohnortkonzept abgegrenzt. Die im Bundesgebiet wohnenden ausländischen Arbeitnehmer und deren Familien sind in der inländischen Wohnbevölkerung enthalten.

desgebiet ansässigen Ausländer wäre die Abnahme der Geburtenzahl noch stärker ausgefallen: 1970 hatte jedes dreizehnte, 1975 dagegen schon jedes sechste Neugeborene eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit.

1976 hat die Geburtenzahl erstmals seit zehn Jahren nicht weiter abgenommen; sie lag sogar geringfügig über dem Vorjahresstand. Man kann jetzt auch bis in die zweite Hälfte des nächsten Jahrzehnts hinein mit leicht steigenden Geburtenzahlen rechnen, da die geburtenstarken Jahrgänge aus den fünfziger und frühen sechziger Jahren allmählich in das fortpflanzungsfähige Alter hineinwachsen. Allerdings ist nicht zu erwarten, daß die jährlichen Sterbefälle rechnerisch kompensiert werden.

In den fünfziger und sechziger Jahren wurde das natürliche Bevölkerungswachstum durch Zuwanderungen ergänzt, die erheblich über den jeweiligen Abwanderungen lagen. Dabei überwog in den fünfziger Jahren der Zuzug aus der DDR; danach setzte die stürmische Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte ein. Nur im Rezessionsjahr 1967 gab es einen Abwanderungsüberschuß. Nachdem aber die Bundesregierung im November 1973 den Zuzug ausländischer Arbeitskräfte beschränkt hatte und bald darauf im Zuge der konjunkturellen Abkühlung die Rückkehr von Gastarbeitern in ihre Heimatländer einsetzte, trat zu dem natürlichen Bevölkerungsrückgang noch ein Wanderungsverlust. Nach ersten Berechnungen ist die „Nettoabwanderung“ 1976 allerdings wesentlich schwächer ausgefallen als im Vorjahr, weil vermutlich ein Großteil der arbeitslos gewordenen Ausländer das Bundesgebiet schon 1975 verlassen hat und die Zuzüge im Rahmen der Familienzusammenführung verbliebener ausländischer Arbeitnehmer gestiegen sind. Auch für die nähere Zukunft ist schon wegen der anhaltend ungünstigen Lage am Arbeitsmarkt ein Fortzugsüberschuß wahrscheinlich.

Bis zum Jahre 1980 wird die Einwohnerzahl des Bundesgebietes auf 60,6 Mill. schrumpfen und dann niedriger sein als 1970. 1980 werden wahrscheinlich 3,8 Mill. Ausländer im Bundesgebiet wohnen. Zwar werden weiterhin ausländische Arbeitnehmer in ihre Heimat zurückkehren; ein hoher Geburtenüberschuß der verbleibenden und weitere Familiennachzüge werden aber dazu führen, daß sich die Zahl der Ausländer bis zum Ende des Jahrzehnts nur verhältnismäßig wenig verringert.

Soziale Gruppen

Die Beteiligung der Bevölkerung am Erwerbsleben hat auch in den siebziger Jahren abgenommen: Waren 1970 reichlich 44 vH der Einwohner Erwerbspersonen, so ist diese Quote bis 1976 auf 42,5 vH

gesunken. Stärker verringert — von 44 auf 41 vH — hat sich der Anteil der Erwerbstätigen. Hier zeigt sich die rezessive Entwicklung der Jahre 1974 und 1975 mit ihren negativen Auswirkungen auf die Beschäftigung. Waren 1970 im Durchschnitt nur 150 000 Arbeitslose registriert, so gab es 1975 und 1976 jeweils mehr als eine Million.

Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung bis 1980
Jahresdurchschnitte in Mill. Personen

Jahr	Deutsche	Ausländische Wohnbevölkerung	Gesamte
1976	57,6	3,9	61,5
1977	57,4	3,9	61,3
1978	57,2	3,8	61,0
1979	57,0	3,8	60,8
1980	56,8	3,8	60,6

Quelle: Berechnungen des DIW nach Ergebnissen der fünften koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter.

In der Verteilung der Bevölkerung auf soziale Gruppen zeigt sich ein fortwirkender Strukturwandel; Die Zahl der Selbständigen hat weiter deutlich abgenommen, besonders stark — und das vor allem im Zusammenhang mit der Abwanderung aus der Landwirtschaft — die Zahl der mithelfenden Familienangehörigen.

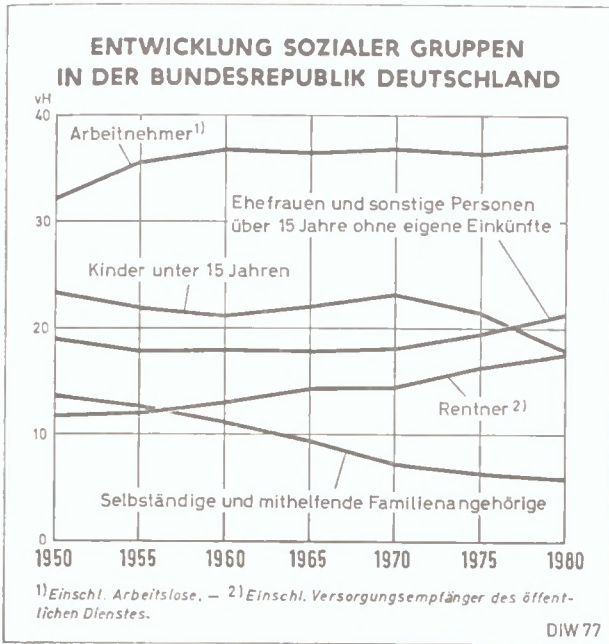
Die Zahl der Arbeitnehmer (einschließlich Arbeitslose) ist bis 1973 gestiegen, seither aber rückläufig. In den letzten drei Jahren hat sie insgesamt um eine halbe Million abgenommen. Innerhalb der Gruppe der Arbeitnehmer gibt es weiterhin eine Umschichtung von den Arbeiter- zu den Angestelltenberufen.

Aufgrund der Altersstruktur der Bevölkerung hat der Personenkreis der Rentner von Jahr zu Jahr beträchtlich zugenommen. Aus dem gleichen Grund hat sich der Anteil der Einkommensbezieher an der gesamten Bevölkerung erhöht (1970: 56 vH, 1976: 57 vH). Dabei war die Erwerbsquote rückläufig, da der Zustrom der geburtenstarken Generation der fünfziger und sechziger Jahre zu weiterbildenden Schulen und Universitäten zusammen mit einer Verlängerung der Ausbildungszeiten zu einer überaus kräftigen Zunahme des in nichtberuflicher Ausbildung befindlichen Personenkreises geführt hat. Dem steht ein deutlicher zahlenmäßiger Rückgang der Kinder unter 15 Jahren gegenüber.

Schon die heutige Bevölkerungsstruktur weist auf gravierende Probleme hin, die in den nächsten Jahren auftreten werden. Aus den geburtenstarken Jahrgängen drängen verstärkt Berufsanfänger unterschiedlicher Qualifikation auf den Arbeitsmarkt, so daß es zwischen der Nachfrage nach Arbeits- und Ausbildungsplätzen und dem entsprechenden Angebot zu strukturellen Ungleichgewichten erheblichen Ausmaßes kommen kann.

Wohnbevölkerung nach sozialen Gruppen

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976
<u>Gerundete Jahresdurchschnitte in 1 000 Personen</u>							
Selbständige	2 690	2 660	2 625	2 595	2 555	2 510	2 455
Mithelfende Familienangehörige	1 730	1 650	1 595	1 555	1 510	1 420	1 370
Angestellte 1) 2)	8 975	9 225	9 450	9 640	9 770	9 870	9 920
Arbeiter 2)	12 600	12 550	12 395	12 355	12 130	11 800	11 585
Erwerbspersonen	25 995	26 085	26 065	26 145	25 965	25 600	25 330
Rentner 3)	8 425	8 675	8 910	9 105	9 360	9 610	9 750
Ehefrauen ohne eigene Einkünfte	8 620	8 660	8 710	8 730	8 770	8 845	8 880
Sonstige Personen über 15 Jahre ohne eigene Einkünfte	2 135	2 315	2 475	2 640	2 840	2 980	3 135
Kinder unter 15 Jahren	13 950	14 005	13 930	13 760	13 515	13 175	12 795
Personen in privaten Haushalten	59 125	59 740	60 090	60 380	60 450	60 210	59 890
Personen in Anstaltshaushalten darunter: Erwerbspersonen	1 525 820	1 545 825	1 580 835	1 595 840	1 605 835	1 620 825	1 635 810
Wohnbevölkerung	60 650	61 285	61 670	61 975	62 055	61 830	61 525
Nachrichtlich: Erwerbsquote ⁴⁾ in vH	44,2	43,9	43,6	43,5	43,2	42,7	42,5
<u>Veränderung in vH</u>							
Selbständige	.	-1,1	-1,3	-1,1	-1,5	-1,8	-2,2
Mithelfende Familienangehörige	.	-4,6	-3,3	-2,5	-2,9	-6,0	-3,5
Angestellte 1) 2)	.	+2,8	+2,4	+2,0	+1,3	+1,0	+0,5
Arbeiter 2)	.	-0,4	-1,2	-0,3	-1,8	-2,7	-1,8
Erwerbspersonen	.	+0,3	-0,1	+0,3	-0,7	-1,4	-1,1
Rentner 3)	.	+3,0	+2,7	+2,2	+2,8	+2,7	+1,5
Ehefrauen ohne eigene Einkünfte	.	+0,5	+0,6	+0,2	+0,5	+0,9	+0,4
Sonstige Personen über 15 Jahre ohne eigene Einkünfte	.	+8,4	+6,9	+6,7	+7,6	+4,9	+5,2
Kinder unter 15 Jahren	.	+0,4	-0,5	-1,2	-1,8	-2,5	-2,9
Personen in privaten Haushalten	.	+1,0	+0,6	+0,5	+0,1	-0,4	-0,5
Personen in Anstaltshaushalten darunter: Erwerbspersonen	.	+1,3 +0,6	+2,3 +1,2	+0,9 +0,6	+0,6 -0,6	+0,9 -1,2	+0,9 -1,8
Wohnbevölkerung	.	+1,0	+0,6	+0,5	+0,1	-0,4	-0,5
1) Einschließlich Beamte und Richter.- 2) Einschließlich Arbeitslose.- 3) Einschließlich Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes.- 4) Erwerbspersonen in vH der Wohnbevölkerung.							
Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.							



Der bisher beobachtete Übergang von Arbeiter- zu Angestelltenberufen dürfte auch in Zukunft anhalten. Bis zum Ende dieses Jahrzehnts werden vermutlich mehr Arbeiter aus dem Berufsleben ausscheiden oder in eine Angestelltentätigkeit überwechseln, als Berufsanfänger eine gewerbliche Tätigkeit aufnehmen. Umgekehrt wird sich die Zahl der Angestellten weiterhin erhöhen.

Der Andrang zu weiterführenden Schulen und Universitäten wird auch in den nächsten Jahren stark sein, der zahlenmäßige Überhang von Studierwilligen gegenüber der Aufnahmekapazität der Fach- und Hochschulen sich dabei weiter vergrößern. Erst gegen Ende des nächsten Jahrzehnts wird der heutige „Schülerberg“ den Ausbildungsbereich annähernd durchlaufen haben. Eine Entlastung dürfte sich allerdings recht bald in der Sekundarstufe I zeigen, denn die Zahl der Kinder unter 15 Jahren nimmt nunmehr schon seit fünf Jahren ab und wird sich trotz der leicht steigenden Geburtenzahlen sogar wesentlich stärker als in der Vergangenheit verringern.

Die Gruppe der Rentner und Pensionäre wird sich bis 1980 weiter vergrößern, wenn auch schwächer als in den letzten Jahren. Die geburten-schwachen und im zweiten Weltkrieg außerdem durch hohe Verluste dezimierten Jahrgänge von 1916 bis 1918 erreichen erst gegen Ende dieses und am Anfang des nächsten Jahrzehnts das Rentenalter⁴.

Private Haushalte

Knapp 59,9 Mill. Personen⁵ lebten 1976 in 22,9 Mill. privaten Haushalten⁶. Hiervon waren über ein Viertel

Einpersonen- und ein Zehntel Großhaushalte mit fünf oder mehr Personen. Es gab 2,2 Mill. Selbständigen-, 12,5 Mill. Arbeitnehmer- und 8,2 Mill. Rentner-Haushalte. In mehr als einem Drittel aller Familien war der Haushaltsvorstand also nicht mehr berufstätig.

Seit 1970 hat die Zahl der privaten Haushalte um reichlich 1 Mill. zugenommen. Dabei hat sich in allen sozialen Gruppen das Gewicht der Kleinhaushalte erhöht. Besonders stark ist die Zahl allein lebender Rentner gestiegen – mehr als vier Fünftel von ihnen sind Frauen. Die Bedeutung der Großhaushalte nimmt seit langem ab.

Im Durchschnitt lebten 1976 in einer Haushaltsgemeinschaft 2,6 Personen (1970: 2,7 Personen). Die mittlere Haushaltsgröße variiert mit der sozialen Stellung des Haushaltsvorstands; sie betrug 1976 in

Selbständigen-Haushalten	3,6 Personen,
Angestellten-Haushalten	2,8 Personen,
Arbeiter-Haushalten	3,0 Personen,
Rentner-Haushalten	1,8 Personen.

Neben den Haushaltsvorständen trugen 1976 etwa 10,8 Mill. weitere Personen zu den Haushaltseinkommen bei – 9,3 Mill. waren Erwerbspersonen, 1,5 Mill. Rentner. Im statistischen Durchschnitt gab es damit in jedem privaten Haushalt anderthalb Einkommensbezieher. Auch hier zeigt sich eine Differenzierung nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstands. Für Arbeitnehmer-Haushalte sind die mitverdienende Ehefrau und die während einer Berufsausbildung oder auch nach deren Abschluß im elterlichen Haushalt lebenden heranwachsenden Kinder kennzeichnend. In Rentner-Haushalten hingegen ist eine Einkommenskumulation durch Rentenbezug oder Er-

⁴ Vgl. Zur Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherung. Bearb.: Ellen Kirner. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 48/1976.

⁵ 2 bis 3 vH der Bevölkerung des Bundesgebietes leben in Anstalten. 1976 waren dies reichlich 1,6 Mill. Menschen, die in Wohn- oder Altersheimen, Krankenanstalten, Kasernen, Strafanstalten oder sonstigen Gemeinschaftsunterkünften wohnten. Von ihnen waren etwa die Hälfte Arbeitnehmer, knapp ein Drittel Rentner; mithin bezogen mehr als drei Viertel der Anstaltsbewohner eigene Einkünfte.

⁶ Die Zahl der privaten Haushalte wurde durch Fortschreibung der in der Volkszählung 1970 ermittelten Haushaltszahl berechnet. Bei Auswertung der Volkszählungsergebnisse hatte sich herausgestellt, daß die Einwohnerzahl um 860 000, die Zahl der privaten Haushalte um 870 000 niedriger lag, als man bisher in der amtlichen Statistik angenommen hatte. Das Statistische Bundesamt hat daraufhin zwar die Bevölkerungsstatistik, nicht aber die Statistik der privaten Haushalte revidiert, so daß sich hier Unterschiede der DIW-Rechnung zu Daten der amtlichen Statistik ergeben.

Private Haushalte und Wohnbevölkerung in Haushalten

Gerundete Jahresdurchschnitte in 1000

	1970					1976				
	Selbstän- digen-	Ange- stell- ten- 1)	Arbeiter- Haushalte	Rentner- 2)	Insgesamt	Selbstän- digen-	Ange- stell- ten- 1)	Arbeiter- Haushalte	Rentner- 2)	Insgesamt
1-Personen-Haushalte	200	965	935	3 105	5 205	205	1 110	950	3 660	5 925
2-Personen-Haushalte	500	1 350	1 630	2 705	6 185	480	1 505	1 570	3 115	6 670
3-Personen-Haushalte	550	1 500	1 895	870	4 815	500	1 615	1 770	975	4 860
4-Personen-Haushalte	515	1 000	1 400	240	3 155	450	1 045	1 295	260	3 050
5-Personen-Haushalte	310	430	640	120	1 500	260	465	585	125	1 435
6-Personen-Haushalte	195	130	225	55	605	180	135	210	55	580
7-oder-mehr-Personen- Haushalte	180	75	135	45	435	170	80	125	40	415
Private Haushalte	2 450	5 450	6 860	7 140	21 900	2 245	5 955	6 505	8 230	22 935
Haushaltsvorstände	2 450	5 450	6 860	7 140	21 900	2 245	5 955	6 505	8 230	22 935
Weitere Einkommensbezieher	1 290	2 700	4 465	2 335	10 790	1 155	2 920	4 110	2 590	10 775
davon: Selbständige	70	55	60	55	240	55	55	50	50	210
Angestellte 1)	390	1 455	1 125	555	3 525	390	1 680	1 180	715	3 965
Arbeiter	685	970	3 030	1 055	5 740	570	925	2 605	980	5 080
Rentner 2)	145	220	250	670	1 285	140	260	275	845	1 520
Einkommensbezieher	3 740	8 150	11 325	9 475	32 690	3 400	8 875	10 615	10 820	33 710
Mithelfende Familienangehörige	1 700	10	10	10	1 730	1 340	10	10	10	1 370
Angehörige ohne eigene Einkünfte	3 585	7 510	9 740	3 870	24 705	3 420	8 005	9 105	4 280	24 810
davon: Ehefrauen	605	2 610	3 240	2 165	8 620	560	2 795	3 045	2 480	8 880
Sonstige Personen über 15 Jahre	425	715	780	215	2 135	615	1 125	1 075	320	3 135
Kinder unter 15 Jahren	2 555	4 185	5 720	1 490	13 950	2 245	4 085	4 985	1 480	12 795
Personen in privaten Haushalten	9 025	15 670	21 075	13 355	59 125	8 160	16 890	19 730	15 110	59 890
Nachrichtlich: Durchschnittliche Haushaltsgröße	3,68	2,88	3,07	1,87	2,70	3,63	2,84	3,03	1,84	2,61

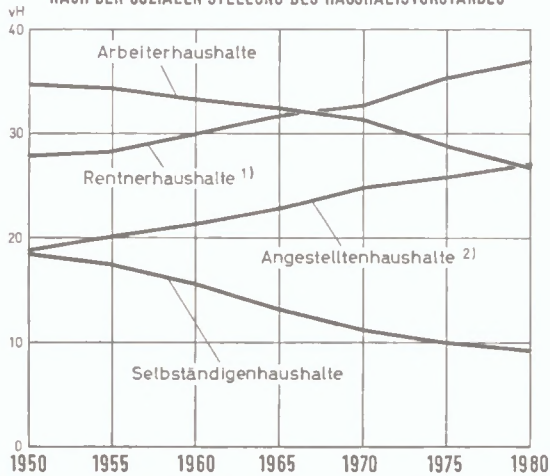
1) Einschließlich Beamte und Richter.- 2) Einschließlich Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes.

Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

werbstätigkeit mehrerer zum Haushalt gehörender Personen weniger häufig anzutreffen; hier macht sich der erwähnte hohe Anteil allein lebender Witwen bemerkbar⁷.

⁷ Vergleicht man nur Haushalte mit zwei und mehr Personen — nur in diesen kann es Einkommenskumulation geben —, so fällt der Unterschied zwischen Arbeitnehmer- und Rentner-Haushalten erheblich geringer aus.

**ENTWICKLUNG DER PRIVATEN HAUSHALTE
IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
NACH DER SOZIALEN STELLUNG DES HAUSHALTSVORSTANDES**



¹⁾ Einschl. Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes. - ²⁾ Einschl. Beamte und Richter.

DIW 77

Private Haushalte und Wohnbevölkerung
Gerundete Jahresdurchschnitte in 1000

	1970	1976	1980
1-Personen-Haushalte	5 205	5 925	6 310
2-Personen-Haushalte	6 185	6 670	6 880
3-Personen-Haushalte	4 815	4 860	4 820
4-Personen-Haushalte	3 155	3 050	2 950
5-Personen-Haushalte	1 500	1 435	1 345
6-Personen-Haushalte	605	580	525
7-oder-mehr-Personen-Haushalte	435	415	355
Private Haushalte	21 900	22 935	23 185
Personen in privaten Haushalten	59 125	59 890	58 915
Personen in Anstalts Haushalten	1 525	1 635	1 565
Wohnbevölkerung	60 650	61 525	60 600

Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

In den Jahren 1977 bis 1980 wird sich die Zahl der privaten Haushalte um 250 000 vergrößern und damit schwächer zunehmen als in der Vergangenheit. Zahlenmäßig weiterhin expandieren werden Angestellten- (+ 300 000) und Rentner-Haushalte (+ 325 000), zurückgehen die Haushalte von Arbeitern (- 280 000) und Selbständigen (- 95 000). Am Ende dieses Jahrzehnts wird es erstmals mehr Angestellten- als Arbeiter-Haushalte geben.

Die Zahl der Einperson-Haushalte wird bis 1980 nochmals nicht unerheblich zunehmen, allerdings weniger stark als in früheren Jahren. Auch die Zahl der Zweiperson-Haushalte dürfte ihren gegenwärtigen Stand in den nächsten Jahren überschreiten. Alle größeren Haushaltstypen werden zahlenmäßig

weiter rückläufig sein, Haushalte mit fünf oder mehr Personen sich erheblich stärker als bisher vermindern.

Während in früheren Jahren die Bedeutung zusätzlicher Einkommensbezieher in den privaten Haushalten gesunken ist, wird ihr Gewicht in der nächsten Zeit mit der stark wachsenden Zahl von Berufsanfängern wieder steigen. Junge Leute, die erstmals in die Arbeitswelt eintreten, wohnen - vor allem bei unsicherer Lage am Arbeitsmarkt - eher noch eine gewisse Zeit im elterlichen Haushalt, zumal ihnen in der ersten Phase der Berufstätigkeit finanzielle Mittel zur Gründung eines eigenen Hausstands meist nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Zahl und Gewicht der Haushalte, in denen mehrere Personen zum gemeinsamen Einkommen beitragen, werden sich also - anders als in den vergangenen Jahren - bis 1980 wieder erhöhen.

Struktur der privaten Haushalte nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstands und der Zahl der Einkommensbezieher
Gerundete Jahresdurchschnitte in 1000

	1970			1976			1980		
	Haushalte mit 1 2 3 oder mehr Einkommensbezieher (n)			Haushalte mit 1 2 3 oder mehr Einkommensbezieher (n)			Haushalte mit 1 2 3 oder mehr Einkommensbezieher (n)		
Selbständigen-Haushalte	1 660	450	340	1 550	395	300	1 475	380	295
Angestellten ¹⁾ -Haush.	3 680	1 135	635	4 010	1 250	695	4 195	1 310	750
Arbeiter-Haushalte	3 850	1 945	1 065	3 670	1 850	985	3 480	1 790	955
Rentner ²⁾ -Haushalte	5 315	1 415	410	6 225	1 555	450	6 450	1 620	485
Insgesamt	14 505	4 945	2 450	15 455	5 050	2 430	15 600	5 100	2 485

1) Einschließlich Beamte und Richter.- 2) Einschließlich Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes.

Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

Löhne und Gehälter in Berlin (West)

Ein interregionaler Vergleich für das Jahr 1975

Das DIW ermittelt in jährlichen Abständen die Einkommensposition der Arbeitnehmer in Berlin (West) im Vergleich zur gesamten Bundesrepublik Deutschland und zu Hamburg; Auftraggeber ist der Senator für Arbeit und Soziales, Berlin.

Die Untersuchung beschränkt sich auf eine Betrachtung der Bruttolöhne und -gehälter, also der Einkommen ohne Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und vor Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen der Arbeitnehmer. Unberücksichtigt bleibt die Arbeitnehmerzulage, die Berlinern aufgrund des Berlinförderungsgesetzes (§ 28) zufließt.

Verbesserung der relativen Einkommensposition in Berlin (West)

Im Rezessionsjahr 1975 stiegen die Arbeitnehmer-einkommen in Berlin (West) und den beiden Vergleichsregionen erstmals seit sechs Jahren wieder mit einer einstelligen Rate. Hierin kommt — wie schon im Jahr zuvor — der in Berlin (West) vergleichsweise schwächere Konjunkturunbruch auch in der Einkommensentwicklung zum Ausdruck. Mit 8 vH stiegen die Verdienste der Arbeitnehmer in der Stadt um 1,5 vH-Punkte schneller als im gesamten Bundesgebiet und um 0,5 vH-Punkte rascher als in Hamburg.

Das durchschnittliche Monatseinkommen eines Arbeitnehmers betrug 1975 in Berlin (West) 1 910 DM. Damit lag das Verdienstniveau in der Stadt um 2 vH

über dem Bundesdurchschnitt (1 870 DM), aber um 9 vH unter dem Hamburgs (2 100 DM).

Die sektorspezifische Betrachtung zeigt, daß sich die Einkommensrelationen von Bereich zu Bereich deutlich unterscheiden. Ein Einkommensvorsprung Berlins sowohl im Vergleich zur Bundesrepublik als auch gegenüber Hamburg ergibt sich nur in den Bereichen Energie- sowie Land- und Forstwirtschaft, in denen insgesamt allerdings nur 1,6 vH aller Berliner Arbeitnehmer beschäftigt sind. Allein gegenüber der gesamten Bundesrepublik zeigt sich daneben ein Vorsprung in den Bereichen verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Verkehr sowie Banken und Versicherungen. Ein Rückstand gegenüber beiden Gebieten besteht vor allem im Handel, aber auch in den Bereichen sonstige private und öffentliche Dienste.

Bei der Interpretation von Vorsprüngen und Rückständen in der relativen Einkommensposition sind allerdings strukturelle Unterschiede zwischen den einzelnen Vergleichsregionen zu bedenken: Einmal ist die Besetzung der einzelnen Wirtschaftsbereiche mit männlichen und weiblichen Beschäftigten unterschiedlich, zum anderen differiert das Verhältnis von Arbeitern zu Angestellten. Schließlich haben in den Vergleichsregionen die einzelnen Wirtschaftsbereiche ein unterschiedliches Gewicht. Mit diesen drei Komponenten sind nur die wichtigsten — aufgrund statistischer Informationen aber auch quantifizierbaren — Struktureinflüsse genannt.

Monatliches Bruttodurchschnittseinkommen der Arbeitnehmer 1970 bis 1976¹⁾ in Berlin (West), der Bundesrepublik Deutschland²⁾ und Hamburg

Bruttodurchschnittseinkommen je Arbeitnehmer	DM							Berlin (West) in vH des Vergleichsgebietes						
	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976
Gesamtwirtschaft														
Berlin (West)	1 116	1 260	1 389	1 562	1 763	1 906	1 949 ³⁾	100	100	100	100	100	100	100
Bundesrepublik Deutschland 2)	1 148	1 283	1 398	1 565	1 749	1 866	1 913 ³⁾	97	98	99	100	101	102	102
Hamburg	1 255	1 412	1 556	1 730	1 947	2 096	.	89	89	89	90	91	91	.
Verarbeitende Industrie														
Berlin (West)	1 158	1 300	1 441	1 622	1 828	1 998	2 120 ⁴⁾	100	100	100	100	100	100	100
Bundesrepublik Deutschland 2)	1 221	1 352	1 480	1 658	1 864	2 002	2 156 ⁴⁾	95	96	97	98	98	100	98
Hamburg	1 382	1 553	1 707	1 923	2 168	2 357	2 513 ⁴⁾	84	84	84	84	84	85	84

1) Vorläufige Ergebnisse. - 2) Einschließlich Berlin (West). - 3) Durchschnittseinkommen errechnet aus den Ergebnissen der ersten drei Quartale. - 4) Durchschnittseinkommen errechnet aus den Ergebnissen der Monate Januar bis November.

Quellen: Statistisches Landesamt Berlin, Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Statistisches Landesamt Hamburg, DIW.

**Monatliches Bruttodurchschnittseinkommen der Arbeitnehmer im Jahre 1975 in Berlin (West),
der Bundesrepublik Deutschland und Hamburg**

Wirtschaftsbereich	Betrag in DM			Berlin (West) in vH					
	Berlin (West)	Bund	Hamburg	unbereinigt	des Bundes		unbereinigt	von Hamburg	
					strukturbereinigt ¹⁾			strukturbereinigt ¹⁾	
					Untergrenze	Obergrenze		Untergrenze	Obergrenze
Produzierender Bereich									
Land- und Forstwirtschaft	1 577	1 153	1 630	137	139	140	93	99	99
Energie und Bergbau	2 366	2 295	2 212	103	98	101	107	107	108
Verarbeitendes Gewerbe	1 943	1 898	2 272	102	105	105	86	92	92
Baugewerbe	2 243	1 930	2 634	116	118	118	85	87	87
Verteilender Bereich									
Handel	1 428	1 467	1 747	97	98	99	82	84	85
Verkehr	2 041	1 948	2 166	105	107	107	94	95	95
Dienstleistungsbereich									
Banken u. Versicherungen	2 102	1 875	2 251	112	113	114	93	94	94
Sonstige private Dienste	1 267	1 288	1 522	98	93	93	83	86	86
Öffentliche Dienste	2 353	2 407	2 539	98	102	102	93	94	98
Alle Wirtschaftsbereiche	1 906	1 866	2 096	102	103	104	91	91	92

1) Bereinigung nach den Merkmalen Stellung im Beruf, Geschlecht und - für die Gesamtwirtschaft - Wirtschaftsbereiche.

Quellen: Statistisches Landesamt Berlin, Statistisches Landesamt Hamburg; Berechnungen des DIW.

In aufeinander aufbauenden Schritten wurden die Einflüsse regional unterschiedlicher Zusammensetzung der Arbeitnehmerschaft nach ihrer Stellung im Beruf, dem Geschlecht sowie nach der Verteilung auf die Wirtschaftszweige ausgeschaltet.

Bei einer Bereinigung der interregionalen Einkommensdifferenzen um den Einfluß unterschiedlicher Arbeiter-/Angestelltenquoten reduziert sich der Vorsprung gegenüber dem gesamten Bundesgebiet um 2 vH auf rund 0,5 vH. Im Vergleich zu Hamburg hingegen verbessert sich die Berliner Einkommenssituation leicht: Der Einkommensrückstand von 9 vH verringert sich auf 8 vH.

Die zusätzliche Eliminierung unterschiedlicher Bedeutung der Frauenbeschäftigung bringt durchweg günstigere Einkommensrelationen: Gegenüber der Bundesrepublik Deutschland einen Vorsprung von nun rund 4 vH, im Vergleich zu Hamburg einen reduzierten Rückstand von 6 vH.

Bei Einbeziehung auch der dritten Komponente – der Struktur nach Wirtschaftsbereichen – beträgt der Vorsprung gegenüber dem Bundesgebiet 3,5 vH und der Rückstand zu Hamburg 8,5 vH. Dieses Resultat weist gegenüber dem unbereinigten Ausgangsergebnis eine leicht verbesserte Berliner Einkommensposition aus.

Zusammenfassend läßt sich der jeweilige Einfluß der drei untersuchten Strukturmerkmale auf das Durchschnittseinkommen in Berlin (West) folgendermaßen charakterisieren:

– Die hohe Angestelltenquote in Berlin – Ange-

stellte verdienen im Durchschnitt mehr als Arbeiter – wirkt sich nur im Vergleich zur Bundesrepublik günstig auf das durchschnittliche Einkommensniveau aus, da die Hamburger Quote noch über der Berliner liegt.

- Der relativ große Anteil der durchschnittlich weniger als Männer verdienenden Frauen an der Zahl der Arbeitnehmer führt zu einem geringeren Durchschnittseinkommen in Berlin.
- Die Verteilung der Arbeitnehmer auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche wirkt sich allein gegenüber Hamburg signifikant positiv auf das Berliner Einkommensniveau aus.

Industrie: Einkommensniveau der Bundesrepublik erreicht

In der verarbeitenden Industrie¹ Berlins nahm das Lohn- und Gehaltsniveau im Jahre 1975 mit 9,5 vH deutlich schneller zu als im gesamten Bundesgebiet (7,5 vH); die Verdienste in Hamburg wuchsen in annähernd gleichem Tempo (9 vH). Im Monatsdurchschnitt verdiente ein Arbeitnehmer in Berlin (West) mit 2 000 DM ebensoviel wie im gesamten Bundesgebiet, aber um 15 vH weniger als in Hamburg (2 360 DM). Damit wurde erstmals seit 1960 – soweit reichen die Untersuchungen des DIW zurück – das Einkommensniveau der Bundesrepublik erreicht.

¹ Die Analyse erstreckt sich auf die Arbeitnehmerverdienste in Industriebetrieben mit im allgemeinen zehn und mehr Beschäftigten.

Monatliches Bruttodurchschnittseinkommen der Arbeitnehmer in der verarbeitenden Industrie im Jahre 1975
in Berlin (West), der Bundesrepublik Deutschland und Hamburg

Industriegruppe /-Zweig	Betrag in DM			Berlin (West) in vH					
				des Bundes			von Hamburg		
	Berlin (West)	Bund	Hamburg	unbe- reinigt	strukturbereinigt ¹⁾		unbe- reinigt	strukturbereinigt ¹⁾	
Unter- grenze					Ober- grenze	Unter- grenze		Ober- grenze	
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie									
Steine und Erden	2 260	2 099	2 350	108	103	105	96	89	93
Eisen, NE-Metalle 2)	1 989	2 082	2 433	96	99	99	82	87	88
Chemie	3) 2 340	2 437	2 469	96	99	100	95	100	101
Sägewerke u. Holzbearb.	2 145	1 697	1 748	126	125	126	123	115	117
Gummi und Asbest	1 652	1 952	2 087	85	86	87	79	80	81
Investitionsgüterindustrie									
Stahl- u. Leichtmetallbau	2 289	2 270	2 515	101	101	101	91	91	92
Maschinenbau 4)	2 216	2 126	2 254	104	105	106	98	101	101
Straßenfahrzeugbau	2 102	2 336	2 034	90	93	93	103	105	107
Elektrotechnik	1 962	1 962	2 268	100	103	103	86	99	100
Feinmechanik und Optik	2 116	1 831	1 918	116	111	112	110	111	111
Stahlverformung und EBM-Waren	1 909	1 814	2 042	105	106	107	93	94	95
Verbrauchsgüterindustrie									
Feinkeramik	1 734	1 641	.	106	104	104	.	.	.
Glas	1 633	1 896	.	86	90	90	.	.	.
Holzverarbeitung	2 071	1 798	1 528	115	114	115	136	126	131
Musikinstr. u. Spielwaren	1 682	1 517	.	111	107	108	.	.	.
Papier- u. Pappeverarb.	5) 1 704	1 709	1 912	100	102	103	89	92	92
Druck	2 083	2 062	2 313	101	99	99	90	90	90
Kunststoffverarbeitung	1 657	1 737	1 894	95	102	102	87	92	93
Lederverarbeitung	1 185	1 373	.	86	84	85	.	.	.
Textil	1 520	1 558	1 702	98	98	98	89	90	91
Bekleidung	1 449	1 274	1 505	114	107	107	96	98	99
Nahrungs- u. Genußmittel									
Ernährung	1 835	1 927	2 000	95	98	98	92	96	96
Tabak	2 211	1 958	.	113	118	119	.	.	.
Verarbeitende Industrie insgesamt	1 998	2 002	2 357	100	98	99	85	93	98

1) Bereinigt nach den Strukturmerkmalen Geschlecht und Stellung im Beruf der Arbeitnehmer; für die verarbeitende Industrie insgesamt zusätzlich nach Industriegruppen/-zweigen. - 2) Eisenschaffende Industrie, Eisen-, Stahl- und Tempergießerei, Ziehereien und Kaltwalzwerke, NE-Metallindustrie, NE-Metallgießerei. - 3) Einschließlich Mineralölverarbeitung. - 4) Einschließlich Büromaschinenbau. - 5) Einschließlich Papiererzeugung.

Quellen: Statistisches Landesamt Berlin; Statistisches Bundesamt Wiesbaden; Statistisches Landesamt Hamburg; Berechnungen des DIW.

Wie schon im Vorjahr, war auch 1975 die Zunahme der Arbeitnehmereinkommen in der verarbeitenden Industrie von deutlichen strukturellen Veränderungen beeinflusst. In allen Vergleichsregionen nahm die Zahl der Arbeitnehmer kräftig ab, und zwar bei Arbeitern stärker als bei Angestellten. Der Anteil der Angestellten an den unselbständig Beschäftigten erhöhte sich in allen Vergleichsregionen um gut 1 vH, in Berlin (West) sogar um fast 1,5 vH. Die Verschiebung der Beschäftigtenstruktur zugunsten der mehr verdienenden Angestellten führte zu einem strukturell bedingten Anstieg der Arbeitnehmereinkünfte. Um diesen Einfluß auf die Einkommensentwicklung zu verdeutlichen, wurden die jeweiligen Verdienste des Jahres 1975 mit der Beschäftigtenstruktur des Vorjahres gewichtet. Als Ergebnis dieser intertemporären

Strukturbereinigung ergibt sich in Berlin (West) statt 9,5 vH eine Zunahme der Arbeitnehmereinkommen von 8 vH, für das Bundesgebiet und Hamburg errechnen sich statt 7,5 vH bzw. 9 vH Raten von 6,5 vH bzw. 8 vH.

Für die beiden Arbeitnehmergruppen – Arbeiter und Angestellte – ist die Einkommenssituation unterschiedlich. Die Verdienste der Angestellten lagen 1975 im Monatsdurchschnitt in Berlin (West) mit 2 720 DM um 1,5 vH über dem Niveau der entsprechenden Einkommen im Bundesgebiet (2 680 DM); der Rückstand zu Hamburg (2 850 DM) betrug 5 vH. Ein Arbeiter in der verarbeitenden Industrie verdiente 1975 in Berlin (West) im Monatsdurchschnitt 1 690 DM, in der Bundesrepublik 1 730 DM und in Hamburg

2 030 DM. Damit lagen die Arbeitereinkommen in Berlin (West) um 2,5 vH unter dem Bundesniveau und um 17 vH unter dem Hamburgs.

Für die Beurteilung der Entlohnung von Arbeitern sind Stundenlöhne ein besserer Maßstab als Monatseinkommen, da bei den arbeitszeitabhängigen Einkommen diejenigen Verdienstdifferenzen eliminiert werden, die aus unterschiedlichen Arbeitszeiten resultieren. So ging die geleistete Arbeitszeit je Kopf in der Bundesrepublik im Jahre 1975 um 3 vH, in Hamburg und Berlin (West) indes nur um 1 vH zurück. Gleichwohl ist die geleistete Arbeitszeit je Arbeiter in Berlin (West) immer noch unterdurchschnittlich. Im Jahr 1975 betrug der Rückstand gegenüber dem gesamten Bundesgebiet 4 vH, in Relation zu Hamburg sogar 6 vH.

Der Vergleich der Bruttoeinkommen je geleistete Arbeiterstunde in der verarbeitenden Industrie ergibt für Berlin ein entsprechend besseres Bild als der von Monatslöhnen: Die Stundenlöhne der Arbeiter lagen 1975 in Berlin (West) mit 12,20 DM um 11 vH unter denen Hamburgs (13,70 DM), aber um 1,5 vH über

dem Niveau in der gesamten Bundesrepublik (12,00 DM).

1976 keine weitere Verbesserung der Berliner Einkommensposition

Nach den vorliegenden Daten für die ersten neun Monate des Jahres 1976 haben die durchschnittlichen Arbeitnehmerverdienste in Berlin (West) mit 6,8 vH um 0,3 vH-Punkte geringfügig schneller zugenommen als im gesamten Bundesgebiet; für Hamburg stehen Vergleichszahlen noch nicht zur Verfügung.

In den Arbeitnehmerverdiensten der verarbeitenden Industrie zeigt sich 1976 der im Bundesgebiet gegenüber Berlin (West) stärkere konjunkturelle Aufschwung. Während sie in Berlin (West) und in Hamburg um jeweils 7,5 vH über Vorjahrsniveau lagen, war die Zunahme im gesamten Bundesgebiet mit 9,5 vH deutlich höher. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt auf die unterschiedlichen Veränderungen der geleisteten Arbeitszeit je Arbeiter zurückzuführen. Sie blieb in den beiden Städten gegenüber dem Vorjahr nahezu gleich, erhöhte sich aber im gesamten Bundesgebiet um 3 vH.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5. Seit Mitte 1975 sind erschienen:

- Nr. 110 **Modelle der Bevölkerungsentwicklung in Berlin (West) bis zum Jahre 1990.** Von P. Ring und I. Pfeiffer. 115 S. 1975. DM 26,60.
- Nr. 111 **Filmförderung in der Bundesrepublik Deutschland — Versuch einer Erfolgskontrolle der Subventionspolitik.** Von B. Dreher. 268 S. 1976. DM 69,60.
- Nr. 112 **Alternative Entscheidungsstrukturen in einer Wirtschafts- und Währungsunion.** Von F. Franzmeyer. 70 S. 1976. DM 19,60.
- Nr. 113 **Sicherheits-, Preis- und Umweltaspekte der Energieversorgung.** Von U. Dolinski und H.-J. Ziesing. 303 S. 1976. DM 78,60.
- Nr. 114 **Perspektiven und Probleme wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa.** Herausgegeben von D. Cornelsen, H. Machowski und K. E. Schenk. 204 S. 1976. DM 68,—.
- Nr. 115 **Das Sozialprodukt der Deutschen Demokratischen Republik im Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland.** Von H. Wilkens. 188 S. 1976. DM 54,60.

Im Druck:

- Nr. 116 **Zur Planung, Organisation und Lenkung von Forschung und Entwicklung in der DDR — Aspekte des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.** Von Angela Scherzinger.
- Nr. 117 **Die Landwirtschaft der DDR vor und nach ihrer Umgestaltung im Jahre 1960.** Von Horst Lambrecht.

Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4. Seit 1976 sind erschienen:

- Heft 39 **Wettbewerbsrelationen im Außenhandel westlicher Industrieländer 1959 bis 1973.** Von K. Henkner. 199 S. 1976. DM 68,—.
- Heft 40 **Berufswunsch und Berufswahl.** Analyse einiger Determinanten und Interdependenzen. Von K.-P. Gaulke. 118 S. 1976. DM 44,60.
- Heft 41 **Anlageinvestitionen und Anlagevermögen in den Wirtschaftsbereichen der Bundesrepublik Deutschland.** Von B. Görzig und W. Kirner. 106 S. 1976. DM 36,80.
- Heft 42 **Sensitivitätsanalysen im statischen offenen Leontief-Modell.** Von J. Schintke. 180 S. 1976. DM 56,—.
- Heft 43/V **Die Güterverkehrsnachfrage in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1990.** Von P. Lünsdorf. 281 S. 1976. DM 126,—.
- Heft 43/IV **Analyse und Prognose des Güterverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 1990.** Von H.-J. Frank. 155 S. 1976. DM 76,—.
- Heft 43/VI **Die Verkehrsströme in der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1990.** Kennziffern großräumiger Verkehrsströme als Entscheidungsgrundlage für eine integrierte Verkehrswegeplanung. Von Joachim Niklas.
- Heft 44 **Bedingungen für Angebot und Nachfrage nach Koks- und Anthrazit in der Welt bis 1985.** Von M. Rumberger und E. Wettig. 107 S. 1976. DM 64,—.
- Heft 45 **Multiplikatorwirkungen des Konjunkturprogramms von 1975 — Anwendung des um den Keynes'schen Multiplikator erweiterten Input-Output-Modells.** Von R. Stäglin unter Mitarbeit von R. Pischner, B. Weiser und H. Wessels. 55 S. 1976. DM 36,60.

Im Druck:

- Heft 43/II **Analyse und Prognose des Personenverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 1990.** Von Rainer Hopf, Günther John, Heilwig Rieke unter Mitarbeit von Joachim Niklas.
- Heft 43/III **Die Personenverkehrsnachfrage in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1990 — Untersuchung der regionalen Struktur des Aufkommens und der Verflechtung im Personenverkehr nach Fahrtzwecken und Verkehrsarten und ihrer Beziehung zu raumordnungspolitischen Zielsetzungen.** Von Ulrich Voigt.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Dr. Karl König

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Günther John, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter,

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, in Vertretung Peter Ring

Innerdeutscher Handel weiterhin auf Expansionskurs? bearbeitet von Horst Lambrecht. —

Bevölkerung und private Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1976 und 1980 bearbeitet von Klaus-Dietrich Bedau. —

Löhne und Gehälter in Berlin (West) bearbeitet von Kurt Hornschild.

Verlag Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangaben zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Straße 43, D-1000 Berlin 36.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—

Hierzu zwei Prospekte des Verlags Duncker und Humblot